Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 27. Januar 2011
Ausgabe 018
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› Abfallvermeidung hat beim AWM absoluten Vorrang 3
› Die städtischen Tagesheime für Grundschulkinder öffnen ihre Türen 3
› Ausschreibung Münchner Förderpreis für deutschsprachige Dramatik 5
› Bauzentrum München: Experte erklärt KfW-Wohnbauprogramme 6
› Dokumentartheaterprojekt „Drei Jahre Musterehe“ 6
› Winterdienstbilanz für Mittwoch, 26. Januar 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft von Eingebürgerten in München 8
› Medizinische Versorgung Illegaler in München – am Gesetz vorbei? 11
› Organisierte Kriminalität – Bedrohung für München Organisierte Kriminalität – Bedrohung für München II 14

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **15**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 28. Januar, 15.30 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Prämierung der Sieger des bundesweiten Schülerquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb", das für die Region München von den Wirtschaftsjunioren München e.V. organisiert wurde. An dem Quiz haben sich über 700 Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe aus Münchner Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen beteiligt, ausgezeichnet werden jeweils die besten drei Schülerinnen und Schüler je Schulart. Der oder die Siegerin aller Schüler aus München darf Mitte März am Bundesfinale des Schülerquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb" in Koblenz teilnehmen.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 3. Februar, 19 Uhr, Turnhalle des Pestalozzi-Gymnasiums, Eduard-Schmid-Straße 1 (nicht barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 5 (Au - Haidhausen), Bezirksteil Au. Der Versammlungsleiter Bürgermeister Hep Monatzeder und die Bezirksausschussvorsitzende Adelheid Dietz-Will informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Adelheid Dietz-Will.

Meldungen

Abfallvermeidung hat beim AWM absoluten Vorrang
(27.1.2011) Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) geht bei Verstößen gegen das Einwegverbot strikt vor. Bei Veranstaltungen auf Grundstücken oder in Einrichtungen der Stadt dürfen Speisen und Getränke gemäß Paragraf 4 Absatz 9 der Gewerbe- und Bauabfallentsorgungssatzung nur in pfandpflichtigen, wiederverwendbaren Verpackungen und Behältnissen ausgegeben werden. Einwegverpackungen sind grundsätzlich verboten. In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen von diesem Verbot erteilt werden. Verstöße stellen eine Ordnungswidrigkeit dar und können mit einem Bußgeld von bis zu 2.500 Euro belegt werden.
Das Thema Müll spielt eine immer wichtigere Rolle, da es immer mehr Veranstaltungen gibt. Dazu zählen nicht nur Faschingsveranstaltungen oder Christkindlmärkte, sondern auch Laufveranstaltungen, wie der München Marathon oder der Firmenlauf. Vom Gedanken der Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit angetrieben, kontrolliert der Abfallwirtschaftsbetrieb München seit 2008 verstärkt, ob bei Veranstaltungen Mehrweggeschirr verwendet wird. Zudem hat die Stadt hier eine Vorbildfunktion. Werden bei den Vor-Ort-Kontrollen Verstöße festgestellt, werden die Veranstalter umgehend angeschrieben. In der Vergangenheit haben sich viele einsichtig gezeigt, andere haben schon wiederholt gegen das Verbot verstoßen; gegen diese wurden Geldbußen festgesetzt. Erst vor kurzem hat das Amtsgericht München im Verfahren eines Einspruchs gegen einen Bußgeldbescheid die Möglichkeit der Verhängung einer Geldbuße bestätigt.
Sowohl private als auch gewerbliche Veranstalter haben die Möglichkeit, sich eines der drei Geschirrmobile der Stadt, einen Anhänger mit Spülmaschine und Geschirr, auszuleihen. Bevorzugt geeignet sind diese Mobile für Veranstaltungen mit bis zu 1.000 Besuchern, Straßenfeste etc. Die Firma MobilSpiel e.V. vermietet Geschirrmobile im Rahmen einer Kooperation mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb München. Nähere Informationen hierzu auch unter Telefon 18 71 13 oder servicepaket@mobilspiel.de.

Die städtischen Tagesheime für Grundschulkinder öffnen ihre Türen
(27.1.2011) Derzeit gibt es an 24 Münchner Grundschulen städtische Tagesheime. Diese laden im Februar und März zum „Tag der offenen Tür 2011“ ein. In persönlichen Gesprächen mit Pädagoginnen und Pädagogen, bei Hausführungen und vielem mehr erhalten Eltern und Kinder Einblicke in die Ausstattung, die Konzeptionen und die pädagogische Arbeit der Einrichtungen. Informationen zu den einzelnen Tagesheimen gibt auch die

städtische Datenbank für Kindertageseinrichtungen im Internet unter *www.muenchen.de/kinderbetreuung.*
Die einzelnen Termine im Überblick:

- Städtisches Tagesheim am Hedernfeld 42 - 44 I
  Freitag, 25. März, von 15 bis 19 Uhr
- Städtisches Tagesheim An der Schäferwiese 5
  Freitag, 25. März, von 14 bis 18 Uhr
- Städtisches Tagesheim Astrid-Lindgren-Straße 11
  Freitag, 4. Februar, von 15 bis 17 Uhr
- Städtisches Tagesheim Dieselstraße 12
  Donnerstag, 17. März, von 15.30 bis 18 Uhr
- Städtisches Tagesheim Dietzfelbinger Platz 5
  Dienstag, 15. Februar, von 16 bis 19 Uhr
- Städtisches Tagesheim Eduard-Spranger-Straße 15
  Freitag, 25. März, von 15 bis 19 Uhr
- Städtisches Tagesheim Gertrud-Bäumer-Straße 19
  Freitag, 25. März, von 14 bis 16.30 Uhr
- Städtisches Tagesheim Großhaderner Straße 50
  Samstag, 19. März, von 10 bis 13 Uhr
- Städtisches Tagesheim Helsinkistraße 55
  Freitag, 18. Februar, von 14 bis 17 Uhr
- Städtisches Tagesheim Hildegard-von-Bingen-Anger 4
  Freitag, 18. Februar, von 15 bis 17 Uhr
- Städtisches Tagesheim Hochstraße 31
  Grundschule: Freitag, 4. Februar, von 10 bis 16 Uhr
  Hauptschule: Freitag, 20. Mai, von 10 bis 16 Uhr
- Städtisches Tagesheim Ichostraße 2
  Samstag, 26. März, von 10 bis 13 Uhr
- Städtisches Tagesheim Jenaer Straße 3
  Freitag, 18. März, von 14 bis 16 Uhr
- Städtisches Tagesheim Keilberthstraße 6
  Mittwoch, 9. Februar, von 14 bis 17 Uhr
- Städtisches Tagesheim Limesstraße 38
  Freitag, 18. März, von 15 bis 17 Uhr
- Städtisches Tagesheim Lincolnstraße 62
  Freitag, 18. März, von 14 bis 16.30 Uhr
- Städtisches Tagesheim Markgrafenstraße 33
  Freitag, 11. Februar, von 16 bis 19 Uhr
- Städtisches Tagesheim Ravensburger Ring 37
  Dienstag, 15. März, von 15 bis 18 Uhr

- Städtisches Tagesheim Pfeuferstraße 1
  Freitag, 25. März, von 14 bis 16 Uhr
- Städtisches Tagesheim an der Regina-Ullmann-Straße 6
  Dienstag, 1. Februar, von 14 bis 17 Uhr
- Städtisches Tagesheim an der Sankt-Martin-Straße 30
  Samstag, 19. März, von 14 bis 17 Uhr
- Städtisches Tagesheim Strehleranger 4
  Mittwoch, 9. Februar, von 14 bis 18 Uhr
- Städtisches Tagesheim Thelottstraße 20
  Freitag, 25. März, von 11 bis 16 Uhr
- Städtisches Tagesheim Theodor-Heuss-Platz 6
  Samstag, 26. März, von 10 bis 13 Uhr

Entsprechend einem Beschluss des Münchner Stadtrats aus dem Jahr 1989 wird jede Grundschule in München, die neu gebaut oder auch erweitert wird, mit einem Tagesheim ausgestattet. Alle diese Tagesheime befinden sich in städtischer Trägerschaft. Aufgabe eines Tagesheimes ist es, einen möglichst engen pädagogischen Verbund mit der Schule anzustreben. Die Erziehung und Bildung der Kinder wird von städtischen Erziehungskräften und staatlichen Lehrkräften gemeinsam geleistet. Die Gruppen im Tagesheim sind in der Regel nach Jahrgangsstufen gegliedert.

Ausschreibung Münchner Förderpreis
für deutschsprachige Dramatik

(27.1.2011) Bis 31. März können sich Autorinnen und Autoren unter 35 Jahren um den Münchner Förderpreis für deutschsprachige Dramatik bewerben: Zum zweiten Mal schreibt das Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit den Münchner Kammerspielen und dem Drei Masken Verlag München den Münchner Förderpreis für deutschsprachige Dramatik – gestiftet von der Edith und Werner Rieder-Stiftung – aus. Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre an bis zu drei Bewerberinnen/Bewerber verliehen. Er soll junge Autorinnen und Autoren ermutigen, ihre Fähigkeit für szenisches Schreiben zu entfalten und ihr weiteres Schaffen fördern.
Die Förderung junger deutschsprachiger Dramatik steht im Vordergrund. Bewerben können sich Autorinnen und Autoren, die unter 35 Jahre alt sind und von denen bisher höchstens zwei Werke am Theater aufgeführt wurden und die bisher noch nicht von einem Theaterverlag vertreten werden. Eingereicht werden können aktuelle Stücke in deutscher Sprache, die höchstens zwei Jahre alt und noch nicht uraufgeführt sind. Pro Autorin/Autor darf nur ein Werk eingereicht werden. Unterlagen in fünffacher Aus-

fertigung sind bis 31. März (Datum des Poststempels) einzureichen beim: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Stichwort „Förderpreis für deutschsprachige Dramatik", Burgstraße 4, 80331 München.
Über die Vergabe des Preisgeldes in Höhe von insgesamt 15.000 Euro an bis zu drei Bewerberinnen/Bewerber entscheidet eine Jury. Die Münchner Kammerspiele erhalten eine zeitlich befristete Uraufführungsoption auf das prämierte Stück/die prämierten Stücke. Darüber hinaus wird den Preisträgerinnen/Preisträgern die Aufnahme des Stücks in den Drei Masken Verlag angeboten. Die Preisverleihung findet voraussichtlich im Herbst 2011 statt.
Weitere Informationen unter *www.muenchen.de/kulturfoerderung.*

Bauzentrum München: Experte erklärt KfW-Wohnbauprogramme
(27.1.2011) Einen Überblick über die wichtigsten Wohnbauprogramme der KfW-Bankengruppe gibt Alfred Dersch vom Bauherrenschutzbund e.V. (BSB) am Dienstag, 1. Februar, im Bauzentrum München. Der Betriebswirt und Finanzberater wird die grundsätzlichen Bedingungen und Kriterien der einzelnen Programme erklären, die wichtigsten Kredit- und Zuschussprogramme der KfW-Bankengruppe für private Bauherren vorstellen und gibt Tipps für das Vorgehen beim Beantragen der Mittel geben. Der Vortrag von Alfred Dersch beginnt um 18 Uhr, Eintritt kostenlos.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto Über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon: 54 63 66 0.

Dokumentartheaterprojekt „Drei Jahre Musterehe"
(27.1.2011) Die Theaterregisseurin Christina Umpfenbach hat sich in ihrem neuen Stück „Drei Jahre Musterehe" mit der Thematik von Scheinehen auseinandergesetzt und Befragungen vorgenommen: „Während sich der deutsche Staat bei deutschen Paaren nicht darum kümmert, aus welchen Gründen sie heiraten, dürfen binationale Paare nur aus Liebe heiraten. Drei Jahre Ehe müssen Paare mindestens durchhalten, um für den nicht-deutschen Partner die dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu erreichen. In drei Jahren Ehe kann auch die aus Liebe oder sonstigen Beweggründen geschlossene deutsch-deutsche Ehe längst zur Scheinehe geraten sein."
In einer theatralen Hörinstallation in einem Musterhaus in Bayerns größter Eigenheimausstellung, im Bauzentrum Poing, nehmen die Zuschauer teil

an diesem privat-politischen Projekt. „Drei Jahre Musterehe“ hat heute, 20 Uhr, Premiere. Weitere Vorstellungen sind am 1., 3., 4. und 5. Februar, jeweils um 20 Uhr. Das Stück beginnt und endet mit einer gemeinsamen Busfahrt vom Ostbahnhof München ins Bauzentrum Poing. Treffpunkt ist um 19.45 Uhr am Busbahnhof Orleansplatz 11 (vor dem Sozialbürgerhaus). Ticketreservierungen (16 Euro, ermäßigt acht Euro) über Telefon 41 20 06 80. Weitere Informationen unter: *www.musterehe.info.*
Christine Umpfenbach studierte Bühnenbild und Regie; an den Münchner Kammerspielen arbeitete sie seit 2006 unter anderem bei „bunnyhill“, und „Fürchtet Euch nicht“ mit; sie ist Mitbegründerin der „Hauptschule der Freiheit“, einem Stadtprojekt der Münchner Kammerspiele in Zusammenarbeit mit der Hauptschule an der Schwindstraße, und inszenierte für die Münchner Kammerspiele zuletzt im Rahmen des Stadtprojekts „Munich Central“ das Stück „Gleis 11“.
„Drei Jahre Musterehe“ wird gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München. In Kooperation mit der Gruber Naturholzhaus GmbH und dem Bayerischen Flüchtlingsrat.

Winterdienstbilanz für Mittwoch, 26. Januar
(27.1.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Mittwoch, 26. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 728 Fahrzeuge: 546
Streuguteinsatz:
Salz: 344,2 t Splitt: 655,5 t
Kosten des Einsatztages: 444.864,76 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 15
Bisherige Einsatztage: 72
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 16.325.688,93 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 27. Januar 2011

Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft von Eingebürgerten in München
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 22.10.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Der Herr Oberbürgermeister hat mich gebeten, Ihre im Betreff genannte Anfrage zu beantworten. Eine fristgerechte Beantwortung Ihrer Anfrage war wegen der Vielzahl der hier vorliegenden fristgebundenen Arbeiten nicht möglich. Zu Ihren Fragen teile ich Ihnen folgendes mit:

Einleitend führen sie zu Ihrer Anfrage Folgendes aus:
„Mit ‚großem Bahnhof' wird ausländischen Einbürgerungskandidaten in München die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen. Aber: auch der umgekehrte Weg ist möglich – die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft. Sie ist fällig, wenn Neu-Bundesbürger nach ihrer Einbürgerung ihre alte Staatsbürgerschaft wieder annehmen oder wenn die deutsche Staatsbürgerschaft erschlichen wurde. In einer Reihe von Verfahren erklärten deutsche Gerichte einschließlich des Bundesverfassungsgerichts in solchen Fällen den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft für rechtens.

Um Doppel-Staatsbürgerschaften auszuschließen, wurden im Freistaat Bayern im Jahr 2005 im Rahmen einer großangelegten Befragungsaktion Fragebögen an rund 46.000 in Bayern lebende Neu-Bundesbürger mit türkischem Hintergrund verschickt, in denen diese darüber befragt wurden, ob sie nachträglich auch die türkische Staatsbürgerschaft erworben hätten. Hintergrund der Befragung war eine Mitteilung der türkischen Regierung, der zufolge seit dem Jahr 2000 rund 50.000 in Deutschland eingebürgerte Türken die türkische Staatsbürgerschaft im nachhinein wieder angenommen hatten."

Frage 1:
In wie vielen Fällen seit 2005 wurde in der bayerischen Landeshauptstadt Eingebürgerten die deutsche Staatsbürgerschaft wegen nachträglichen Neu-Erwerbs der alten Staatsbürgerschaft wieder entzogen (bitte nach Jahren auflisten!)? Aus welchen Ländern stammten die Wieder-Ausgebürgerten?

Antwort:
Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) geht die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verloren, wenn der Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit beantragt wird und keine Beibehaltungsgenehmigung vorliegt. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird also nicht „entzogen".

Darüber hinaus gibt es immer wieder Einzelfälle, in denen deutsche Staatsangehörige durch Annahme einer anderen Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Dies wird jedoch statistisch nicht erfasst. Von den 7.388 im Rahmen der Befragungsaktion angeschriebenen Personen hatten 702 die deutsche Staatsbürgerschaft durch Annahme der anderen Staatsbürgerschaft verloren.

Frage 2:
Gab es seit der Befragung des Jahres 2005 nochmals eine Befragung Eingebürgerter nach dem eventuellen Neu-Erwerb ihrer alten Staatsbürgerschaft? Ist eine weitere Befragung in absehbarer Zeit geplant?

Antwort:
Seit einigen Jahren wird jeder deutsche Staatsangehörige bei der Beantragung von neuen Ausweispapieren befragt, ob er neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch eine weitere besitzt oder angenommen hat.

Frage 3:
Nach der Befragungsaktion des Jahres 2005 entschieden die Behörden aufgrund der Antworten, ob jemand „noch" Deutscher sei oder nicht. Wie wurde in München verfahren, um den Wahrheitsgehalt der eingegangenen Antworten zu überprüfen?

Antwort:
Bundesweit legen die Staatsangehörigkeitsbehörden die Selbstauskünfte der Betroffenen zugrunde.

Frage 4:
Wie viele Personen haben seinerzeit in München den Fragebogen nicht zurückgeschickt? Mit welchen Konsequenzen?

Antwort:
Insgesamt haben 24 Personen den Fragebogen nicht zurückgeschickt. Diese Personen wurden jedoch nochmals angeschrieben, sodass auch diese Fälle geklärt werden konnten.

Frage 5:
Wie viele Türken wurden seit dem Jahr 2005 in München eingebürgert (bitte jahrweise aufschlüsseln!)?

Antwort:
2005: 485
2006: 488
2007: 378
2008: 276
2009: 275

Medizinische Versorgung Illegaler in München – am Gesetz vorbei?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 23.11.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume Beyerle:

In Ihrer Anfrage führen Sie aus:

„In Deutschland leben nach Experteneinschätzungen rund 1 bis 1,5 Millionen Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus (‚Illegale'), in München sind es etwa 30.000 (nach: ‚cafe 104' (Hg.), Zugang zur Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland. Möglichkeiten, Grenzen und Lösungsansätze, o.J., S.2; S.9). Nach § 87 Abs. 2 des geltenden Aufenthaltsgesetzes sind alle öffentlichen Stellen gehalten, Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus den Ausländerbehörden zu melden. In München wird diese Mitteilungspflicht offenbar routinemäßig missachtet. So räumte die Leiterin der Münchner Ausländerbehörde, Claudia Vollmer, im Rahmen einer Fachtagung 2008 ein: ‚Die Ausländerbehörde in München hat in den letzten Jahren so gut wie keine Mitteilungen bekommen (...).' (ebd.S.4)."

Der Herr Oberbürgermeister hat mich gebeten, Ihre Anfrage zu beantworten. Hierzu teile ich Ihnen folgendes mit:

Frage 1:
Die Leiterin der Münchner Ausländerbehörde, Claudia Vollmer, stellte im Rahmen der genannten Fachtagung fest: „Kommunen sind natürlich kein rechtsfreier Raum und müssen auf die Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände, auch nach Ausländerrecht dringen." Was hat die Stadt München in den letzten Jahren unternommen, um das offenbar routinemäßige Unterlaufen der Mitteilungspflicht durch Ärzte, Krankenhäuser etc., die Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus medizinisch versorgen, zu unterbinden und die von Frau Vollmer angemahnte „Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände" herbeizuführen?

Antwort:
Die Vorgehensweise der Landeshauptstadt München und die Sach- und Rechtslage bei Menschen in der Illegalität sind ausführlich dargestellt in der Bekanntgabe für die Sitzung des Sozialausschusses vom 23.09.2010.

Frage 2:
Welche Erfolge konnten dabei erzielt werden? In welchem Umfang wurden der Ausländerbehörde der Stadt München seit der genannten Fachtagung ggf. wieder Fallzahlen und Daten „Illegaler" gemeldet?

Antwort:
Wie sich aus der o.g. Bekanntgabe ergibt, dient der „Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände" und dem Ziel, einen Ausstieg aus der Illegalität zu ermöglichen, vor allem das Angebot einer anonymen Beratung über die in der Vorlage genannten Anlaufstellen. Infolge dessen haben in den letzten Jahren jeweils etwa 1 - 2 Dutzend Menschen das Leben in der Illegalität beendet.

Frage 3:
Das Bundesministerium des Innern hat in einer Stellungnahme vom Februar 2007 („Illegal aufhältige Migranten in Deutschland. Datenlage, Rechtslage, Handlungsoptionen") deutlich gemacht, dass die Übermittlungspflicht des Aufenthaltsgesetzes ein „sachgerechtes Mittel dar[stellt], um dem Aufenthaltsrecht in der Praxis Geltung zu verschaffen. Die abschreckende Wirkung ist insoweit auch beabsichtigt. (...)." (Ebd. S.43). Und weiter: „Eine Abschaffung der Übermittlungspflicht des § 87 Abs. 2 AufenthG stellt keine ernsthaft zu diskutierende Option dar. (...) Würde der Staat die Übermittlungspflichten und damit einen Teil seiner Kontrollmöglichkeiten aufgeben, würde sich die Frage stellen, ob der Staat sich seiner Kontrollmöglichkeiten bereits in einem verfassungsrechtlich nicht mehr vertretbaren Maß begibt." (Ebd. S. 41). Wie beurteilt die Stadt vor diesem Hintergrund die stillschweigende Umgehung des Übermittlungsgebotes durch in München tätige Ärzte, Organisationen etc., die z. T. aktiv für die medizinische Versorgung Illegaler ohne Weitergabe von Daten werben und dies offenbar auch straflos praktizieren (z.B. der Verein „Medizinische Hilfe für nicht versicherte Menschen in München e.V.;" „pro asyl" u.a.)?

Antwort:
Der Übermittlungspflicht nach § 87 Abs. 2 AufenthG unterliegen nur öffentliche Stellen, nicht aber niedergelassene Ärzte oder die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der o.g. nichtstaatlichen Organisationen. Diesen Organisationen geht es um die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung und Hilfe in medizinischen wie sozialen Notlagen, nicht um die Unterstützung des illegalen Aufenthalts.

Frage 4:
Wie beurteilt insbesondere die Münchner Polizei die Unterlassung der gesetzlich vorgeschriebenen Übermittlung von Daten Illegaler durch Ärzte und Krankenhäuser und das Werben dafür durch einschlägige Vereine in Institutionen?
Inwieweit sieht die Polizei hier ein Unterlaufen geltender gesetzlicher Bestimmungen, die nach dem Willen des Gesetzgebers den illegalen Aufenthalt in Deutschland eigentlich verhindern sollen ? Inwieweit und aus welchen Gründen hält die Münchner Polizei diesen Zustand für hinnehmbar?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1. Weder die Polizei noch die Aufsichtsbehörden beanstanden die Aktivitäten der Landeshauptstadt.

Frage 5:
Inwieweit hält die Stadt die Privilegierung Illegaler für vertretbar, deren medizinische Versorgung notfalls – und im Fall erkennbarer Mittellosigkeit – gratis geleistet wird, während ordnungsgemäß Versicherte und Patienten mit gemeldetem Wohnort zur Kasse gebeten werden?

Antwort:
Wie aus der o.g. Bekanntgabe ersichtlich, liegt nach Auffassung aller Dienststellen der Landeshauptstadt eine „Privilegierung Illegaler“ nicht vor.

Organisierte Kriminalität – Bedrohung für München
Organisierte Kriminalität – Bedrohung für München II
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 26.10.2010 und 16.11.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfragen vom 26.10.2010 und 16.11.2010 wurden im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen.

Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 27. Januar 2011

Fassadenwettbewerb für den Neubau des Städtischen Krankenhauses Harlaching
Antrag Stadträte Dr. Reinhold Babor und Manuel Pretzl (CSU)

Barrierefreiheit Quartier Friedenheimer Brücke – Hirschgarten
Antrag Stadträtin Mechthilde Wittmann (CSU)

Bio-Offensive im Stadtrat JETZT!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Lydia Dietrich und Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen)

Konzept zur Nutzung denkmalwürdiger Plätze für temporäre Veranstaltungen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Manuel Pretzl **Dr. Reinhold Babor**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
27.01.11

Fassadenwettbewerb für den Neubau des Städtischen Krankenhauses Harlaching

Für den Neubau des städtischen Krankenhauses Harlaching wird ein Fassadenwettbewerb durchgeführt.

Begründung:
Der in einem Wettbewerbsverfahren ermittelte Entwurf für den Neubau des Krankenhauses Harlaching sah eine Situierung im Inneren des Klinikgeländes vor. Diese Situierung wird seitens der Klinikgeschäftsführung der Städtischen Kliniken München GmbH nicht mehr weiterverfolgt.
Stattdessen soll der Neubau des Krankenhauses direkt an der Geiselgasteigstraße entstehen. Diese Stelle ist für Harlaching in höchstem Maße ortsprägend und stellt gleichzeitig die Stadteinfahrt Münchens aus Richtung Süden dar. Aufgrund dieser exponierten Lage ist es dringend geboten, einen Fassadenwettbewerb unter der Beteiligung des Stadtrats durchzuführen.

gez.
Manuel Pretzl
Stadtrat

gez.
Dr. Reinhold Babor
Stadtrat

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

Mechthilde Wittmann

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
27.01.11

Barrierefreiheit Quartier Friedenheimer Brücke - Hirschgarten

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der barrierefreie Zugang von den Neubaugebieten an der Wilhelm-Hale-Straße bzw. zum S-Bahnhof Hirschgarten ist umgehend in einer unabhängigen und baulich endgültigen Lösung herzustellen.

2. Dem Stadtrat wird detailliert berichtet, warum die Barrierefreiheit nicht bereits mit Eröffnung des S-Bahnhofs Hirschgarten erfolgte und welche Zwischenlösungen das Referat hierfür angeboten hat. In diesem Zusammenhang wird über die Verzögerungen bei der Fahrradabstellanlage berichtet.

3. Dem Stadtrat wird aufgelistet, an welchen Zugängen zum öffentlichen Nahverkehr die Barrierefreiheit nicht gegeben ist und warum.

Begründung:
Der neue S-Bahn-Halt Hirschgarten wurde am 13.12.2009 eröffnet. Seither gibt es keinen barrierefreien Zugang vom Rad-/Fußweg zur Friedenheimer Brücke. Der vorhandene Aufzug erschließt lediglich die Wegebeziehung vom Bahnsteig zur Brücke. Mit der Fertigstellung von ca. 1.400 Wohnungen in diesem Quartier ist eine hohe Frequenz des S-Bahnhalts eingetreten, zu dem auch ältere Menschen, Gehbehinderte, Mütter mit Kinderwägen oder Personen mit schwerem Gepäck Zugangs- und Abgangsmöglichkeiten benötigen. Dem Vernehmen nach besteht noch nicht einmal ein Konzept, wie der Zustand behoben werden kann. Dies ist für die neuen Anwohner und alle weiteren Fahrgäste unzumutbar.

Mechthilde Wittmann
Stadträtin

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: Mechthilde.Wittmann@wellensiek.de
wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den27.01.2011

Antrag

Bio-Offensive im Stadtrat JETZT!

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 20. Januar 2011 wurde anlässlich der Behandlung des Beschlusses BIO für Kinder von allen im Ausschuss vertretenen Fraktionen eine Förderung von Bio gefordert.
In mehreren Statements wurde die Bedeutung von Bio für Mensch und Umwelt betont und die Ausweitung von Bio regelrecht beschworen.

Fand vor noch gar nicht allzu langer Zeit das Engagement der grün-rosa Stadtratsfraktion in diesem Bereich eher verhaltenes Echo in den anderen Parteien, so verwundert dieses plötzliche und umso erfreulichere Umdenken. Wir wollen diese Euphorie und Begeisterung deshalb nutzen, um als Stadtrat mit bestem Beispiel voranzugehen.

Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Der Stadtrat beschließt, dass für die Pausensnacks während der Stadtratssitzungen, insbesondere während des Plenums, nur noch biologisch und fair erzeugte Lebensmittel (Brezn, Wasser, Tee, Kaffee, Süßigkeiten etc.) beschafft werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Lydia Dietrich	Dr. Florian Vogel
Stadträtin	Stadtrat

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

26.01.2011

Antrag Nr.:
Konzept zur Nutzung denkmalwürdiger Plätze
für temporäre Veranstaltungen

Der Stadtrat möge beschließen:
Die Verwaltung erstellt ein Konzept zur Nutzung denkmalwürdiger Plätze für temporäre Veranstaltungen. Hierbei muss die historische, denkmalwürdige Bedeutung eines Platzes eine wichtige Rolle für mögliche Nutzungen spielen.

Begründung:
Immer wieder gibt es sehr strittige Diskussionen über die Nutzung öffentlicher Plätze mit historischer und denkmalwürdiger Bedeutung.Temporäre Veranstaltungen sollen aber nicht generell eingeschränkt oder verhindert werden.

Wichtig ist eine angemessene Verteilung von Veranstaltungen auf verschiedene Plätze.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat